



Mustafa Yeneroğlu
İstanbul Milletvekili – Deputy for Istanbul
İnsan Haklarını İnceleme Komisyonu Başkanı
Chairperson of the Committee on Human Rights Inquiry

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter!

In Kürze stimmt der Bundestag über einen Antrag ab, in dem die tragischen Ereignisse in Zusammenhang mit den osmanischen Armeniern in der Endphase des Osmanischen Reiches als "Völkermord" bezeichnet werden. Meiner festen Überzeugung nach hätte eine Zustimmung neben der unzutreffenden Kernaussage zahlreiche kontraproduktive Folgen. Diese möchte ich in aller Kürze darlegen. Hierbei möchte ich weder auf die gewichtigen juristischen oder historischen Argumente eingehen (siehe hierzu aktuell auch <http://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/gastbeitrag-voelkermord-voelkermord-an-den-armeniern-13566598.html>), die gegen den Vorwurf "Völkermord" sprechen, sondern vor allem auf andere Aspekte hinweisen, die in der Diskussion zu kurz kommen.

Im Jahre 2008 gab es erstmals in der jüngsten Geschichte der türkisch-armenischen Beziehungen Anlass zur Hoffnung auf eine Annäherung, als die Staatspräsidenten beider Länder gemeinsam ein Fußball-Länderspiel im armenischen Yerevan besuchten. Nur ein Jahr später wurde zwischen den Außenministern beider Länder ein gemeinsames Protokoll unterzeichnet. Darin wurde unter anderem die Gründung einer gemeinsamen Historikerkommission zur Aufarbeitung der Ereignisse des Ersten Weltkrieges vereinbart. Eine Ratifizierung des Protokolls scheiterte leider am armenischen Verfassungsgericht.

Es gilt, diesen 2008 angestoßenen Prozess trotz bedauernder politischer Rückschläge zu beleben. Beide Länder haben mit ihren Unterschriften eindrucksvoll bewiesen, dass ihnen der Versöhnungsprozess wichtig ist. Auch haben sie Bereitschaft gezeigt, eine dogmatische Haltung in Bezug auf die gemeinsame Historie zugunsten einer unvoreingenommenen und gemeinsamen Aufarbeitung aufzugeben. Dieser auf politischer Bühne vollzogene Wandel machte sich auch innerhalb der armenischen und türkischen Gesellschaft bemerkbar. Inmitten dieses überfälligen und zugegebenermaßen fragilen Prozesses fällt die anstehende Abstimmung im Bundestag.

Die Türkei und ebenso Armenien beobachten die Entwicklungen mit größter Aufmerksamkeit. Leider steht zu befürchten, dass mit dem geplanten Beschluss des Bundestages Gegner des Versöhnungsprozesses auf beiden Seiten vermeintlich neue Argumente erhalten, um ihre dogmatische Haltung in dieser Frage weiter zu verfestigen. Es kommt zu einer Frontenbildung, die Debatte wird nicht mehr von Vernunft und Argumenten getragen, sondern von Populismus, Stolz und Rechthaberei.

Der vor neun Jahren ermordete Herausgeber und Chefredakteur einer türkisch-armenischsprachigen Wochenzeitung in der Türkei, "Agos", Hrant Dink, war der Überzeugung, dass das Beharren auf der Bezeichnung "Völkermord" sowie die politische Instrumentalisierung eine



Mustafa Yenerođlu
İstanbul Milletvekili – Deputy for Istanbul
İnsan Haklarını İnceleme Komisyonu Başkanı
Chairperson of the Committee on Human Rights Inquiry

Versöhnung zwischen Armeniern und Türken verhindert. Vielmehr forderte er ein "sensibles Herangehen", um die Freunde der Versöhnung zu stärken. Was Dink damals sagte, gilt nach wie vor – in der Türkei, in Armenien oder für die in der Diaspora lebenden Armenier oder Türken.

Entgegen seinem Wortlaut fördert der jetzt zur Abstimmung stehende Grünen-Antrag den Versöhnungsprozess nicht, im Gegenteil. Mir persönlich fällt es während und nach solchen Interventionen immer schwer, Menschen vom notwendigen Dialog zu überzeugen.

Insbesondere der Deutsche Bundestag müsste das Ziel verfolgen – sofern die historische Aufarbeitung aufrichtig gewollt ist, den Austausch zwischen den Parteien zu befördern. Nur ein gemeinsam erzielter Konsens, nur eine gemeinsame und unvoreingenommene Aufarbeitung der historischen Ereignisse kann zu einer dauerhaften und nachhaltigen Versöhnung der Bevölkerung beider Länder sowie Türken und Armenier in aller Welt beitragen. Diesen Weg haben beide Länder bereits eingeschlagen und sollten ermuntert werden, ihn weiterzugehen.

Vor allem in den letzten Jahren hat es viele Initiativen zur Förderung der türkisch-armenischen Annäherung gegeben. Inzwischen wird die armenische Sprache, Kultur und Literatur an vielen türkischen Universitäten gelehrt. Viele Stiftungsimmobilien wurden an die armenische Gemeinde zurückgegeben, armenische Kirchen wurden restauriert, Lehrbücher neu und auch auf Armenisch geschrieben sowie Filme gefördert. Auf diesem Weg müssen wir weiter Begegnungen fördern, kulturelle Projekte unterstützen und die Verständigung anregen. Es gibt keine Alternative zum Dialog. Nur so können wir erfahrene Tragödien aufarbeiten und Empathie füreinander entwickeln.

In diesem Sinne bin ich zuversichtlich, dass Sie bei der anstehenden Abstimmung die nötige Weitsicht zeigen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Mustafa Yenerođlu
Mitglied des Türkischen Parlaments
Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses